

An den
Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude
z.Hdn. Ausschussdienst Frau Baus o.V.
Kümmelstraße 7

17. April 2017

20249 Hamburg

geplante Flüchtlingsunterkunft Loogestraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich einer öffentlichen Bezirksversammlung des Bezirksamts Hamburg-Nord (Sitzung Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude) am 20. Feb. d.J. wurden die Anwesenden darüber informiert, dass eine Flüchtlingsunterkunft in der Loogestraße erstellt werden soll, bestehend aus zwei Blöcken, jeweils 3 Stockwerke hoch, für insgesamt 103 Flüchtlinge. Diese neue Unterkunft sei dort für 10 Jahre geplant und würde bei Bedarf auf unbestimmte Zeit verlängert werden.

Die im Umfeld betroffenen Anwohner waren vorab nicht über den Plan informiert worden und wussten aus der Presse nur, dass hierfür der Seelemannpark vorgesehen war. Deswegen waren in der o.a. Versammlung nicht mehr als eine Handvoll Anwohner der Loogestraße und Umfeld anwesend.

In einer 2. Versammlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude (am 27. März d.J ab 18.00 Uhr) stand das Vorhaben Loogestraße auf der Tagesordnung. Aus diesem Grund war diese Versammlung bis zur Empore „rappelvoll besetzt“. Mehr als die Hälfte der Anwesenden waren betroffene Anwohner. Es wurden zunächst andere Tagesordnungspunkte behandelt. Dieses dauerte 3 ¼ Stunden. Um 21.45 Uhr wurde dann erklärt, dass zur Behandlung der Sache Loogestraße nun keine Zeit mehr sei, weil die Versammlung um 22.00 Uhr schließe. Außerdem sei die Loogestraße beschlossene Sache. Der Antrag auf Verlängerung der Sitzung wurde abgelehnt.

Fazit der höchst verärgerten anwesenden Betroffenen hierüber: Dieses ist nicht nur eine äußerst bürgerferne sondern eine Bürger verachtende Behandlung. Das von der Politik laut vertretende Postulat der Bürgernähe ist ohne Not ausgehebelt und öffentlich mit Füßen getreten worden.

In der Bevölkerung ist eine konstruktive und positive Einstellung zur Flüchtlingshilfe durchaus vorhanden. Durch obiges Vorgehen wird dieses im Höchstmaß konterkariert – es wird eine Umkehrung erreicht: die positive Grundhaltung der Bürger wird ins Negative gekehrt. Das kann kein politisches Ziel sein!

Argumente seitens der Behörde aus der ersten Versammlung:

- der angedachte Seelemannpark soll ein Denkmal sein → ist also nur Reservefläche; dort waren ca. 80 Flüchtlinge angedacht. (an der kleineren Fläche in der Loogestraße sollen es nun mehr als 100 Flüchtlinge sein.)
- auf der Meenkwiase müssen zu viele Bäume gefällt werden;
- andere Alternativen habe man geprüft – kämen nicht in Frage.

Gegenargumente und Fragen:

- welche weiteren Alternativen in Eppendorf hat man geprüft;
- evtl. Alternativen für Flüchtlingsunterkunft u.a.(?): an der Straße **Meenkwiese** gegenüber der Rasenfreifläche (ein seit ca. 30 Jahren großes, brach liegendes unbebautes Grundstück); **Salomon-Heine-Weg** (Firma Reifen-Helm hat Betrieb nach Nedderfeld verlegt); **Bereich Rosenbrook / Deelböge / Salomon-Heine-Weg** neben/hinter der Jet-Tankstelle (bisher an der Loogestraße zuweilen auftretende kleine Zirkusse treten jetzt dort auf); **Bereich Nedderfeld / Offakamp / Osterfeldstraße** (hier war früher eine Unterkunft geplant – u.a. ist an der Osterfeldstraße gerade die Jet-Tankstelle abgebaut worden);
- die Fläche Loogestraße ist ein verbliebenes kleines, schmales, grünes Rest-Handtuch;
- ein Großteil der Fläche wurde kürzlich bebaut mit einer Skatinganlage, einer Turnhalle und einem Bolzplatz = Versiegelung der Grünfläche;
- die verbliebene restliche Rasenfläche wird seitens der Anwohner teilweise genutzt als Spielplatz (vorbei gehende Schüler), die Hunde werden dort ausgeführt und sie gilt vor allem als kleiner Ruhepol inmitten der hohen und dichten Bebauung Eppendorfs sowie der Abmilderung der misslichen Bahndamm-Situation;
- es müssen wegen der Gebäudehöhe (mind.) 7 große 100-jährige Bäume gefällt werden (auf dem Platz selbst und am U-Bahndamm) nebst Büschen und Sträuchern. Diese Bäume sind am Damm seinerzeit gepflanzt worden als Sicht- und Lärmschutz für die Anwohner. Dagegen wären die zu fällenden Bäume z.B. auf der abgelehnten Meenkwiese nicht so groß, sind nicht höherer Anzahl, und stellen keinen Schutz für die Anwohner dar, sondern sind nur Zierde und dienen als Sommer-Schatten für Spaziergänger;
- Die Bewohner links und rechts des Bahndamms sind schon heute hohen Belastungen ausgesetzt. Auf dem U-Bahndamm verkehren täglich **alle fünf Minuten 4 Züge** (U1 + U3 = 2 Linien!!) → d.h. jedes Mal laut quietschend beim Bremsen zzgl. sehr lauter und starker belastender Lärm beim Anfahren und Beschleunigen der Züge. Außerdem rangieren oben bereitgestellte Züge, und nachts findet Verkehr von Reparaturzügen für den HH- U-Bahn-Verkehr statt. Die Bepflanzung stellt also nur ein Mindestmaß an Schutz für alle Anwohner dar;
- die 3-geschossige Höhe der geplanten beiden Flüchtlings-Blocks erhöht die Schallbelastung zusätzlich;
- für die Anwohner und Geschäftsleute ist die Parkplatzsituation in Eppendorf aufgrund der sehr verdichteten Bebauung nicht nur eingeschränkt – sie ist katastrophal. Durch die Nähe des Bahnhofs Kellinghusenstraße wird darüber hinaus sowohl die Loogestraße als auch der Loehrsweg zum ‚Tagesparken‘ seitens vieler Pendler genutzt. Die einzig mögliche Ausweichfläche für die Bewohner ist die Loogestraße nebst deren östliche Nachbarstraßen. Im Sommerhalbjahr ist die geschilderte Situation durch bis zu 20 auf der Loogestraße dauerhaft geparkte große Campingfahrzeuge noch weiter eingeeengt. Für dort eingepflanzte Flüchtlinge müssen auch Auslaufflächen zur Verfügung stehen (nebst weiterer Parkplatzbedarf für Verwaltung und Sicherheit). Die bestehende Lage ist nicht weiter zu strapazieren.

Die oben geschilderten Gründe gegen die geplante Unterkunft in der Loogestraße sind gewichtig und nicht einfach vom Tisch zu wischen. Sie stellen eine sehr hohe Einschränkung der Wohnqualität der umliegenden Bewohner dar. Will man die ohne Abwägung noch weiter steigern? Eine Behörde trägt doch auch die Verantwortung für das Wohl seiner Bürger – sie lebt von und hoffentlich auch mit ihnen.

Eine offene Diskussion mit den betroffenen Bürgern würde das durch die o.a. Versammlungen ausgelöste völlige Verprellen der Bewohner dieser Gegend so weit abmildern, dass ohne Zweifel auch Lösungen erarbeitet werden können, die von allen mit einigermaßen Goodwill mitgetragen und toleriert werden könnten.

Kürzlich haben sich SPD-Bürgerschaftsfraktion, ZFK und „Volksinitiative Hamburg für gute Integration“ auf einen Verteilungsschlüssel geeinigt. Gut! Es soll nicht mehr vorrangig um die Größe einer Flüchtlingsunterkunft gehen, sondern auch um die notwendige Integration. Zu dieser Integration müssen die Anrainer-Bürger mitgenommen werden. Die Bewohner der Loogestraße und Umgebung sind durch das bisherige Vorgehen aber nur ver- und aufgeschreckt worden. Bei einer besseren Verteilung von Flüchtlingsunterkünften auf mehrere Standorte in Eppendorf ließe sich sicherlich auch eine höhere Akzeptanz der Bürger und damit auch eine höhere Intensität der Integration erreichen. So könnte man sich u. a. auch die Frage stellen, ob eine Flüchtlingsunterkunft am Standort Loogestraße unumgänglich ist. Und wenn ja, ob sie unbedingt eine derart dominierende Größe und eine die vorhandenen Gebäude überragende Höhe haben muss. Bietet eine 2-geschossige Bauweise für nur 60-70 Flüchtlinge nicht eine wesentlich höhere Chance für miteinander gelebte Integration? Ist nicht der Antrag auf Baugenehmigung und damit die Gestaltung der Unterkunft Sache des Bezirksamtes? So wurde es doch seitens der Leitung der letzten Ausschusssitzung konstatiert.

Es soll am 24. d. Mts. eine weitere öffentliche Sitzung des Regionalausschusses im Bezirksamt Hamburg-Nord stattfinden. Sehr zu hoffen wäre, dass man hier besser und verständnisvoller aufeinander zugeht.

Der Sache wäre es insgesamt sicherlich sehr förderlich, wenn von beiden Seiten ein Goodwill erkennbar würde und sich etwaige gerichtliche Schritte vermeiden ließen.

Mit freundlichen Grüßen

